Antisemitismus damals und heute – Unsere Verantwortung

Liebe Aschaffenburgerinnen und Aschaffenburger, liebe Freundinnen und Freunde, liebe hier Versammelten,

heute erinnern wir an einen der dunkelsten Tage der deutschen Geschichte.

Am 9. November 1938 brannten in Deutschland die Synagogen. Jüdische Geschäfte wurden zerstört, Menschen gedemütigt, misshandelt und ermordet.

Und das geschah nicht irgendwo. Es geschah mitten in unseren Städten. Auch hier in Aschaffenburg.

Auch hier wurden jüdische Menschen verfolgt, ihre Geschäfte angegriffen und ihre Lebensgrundlagen zerstört.

Die Reichspogromnacht war kein plötzliches Ereignis. Sie war das Ergebnis einer jahrelangen Politik der Ausgrenzung, der Entrechtung und des staatlich organisierten Antisemitismus.

Sie war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Holocaust, dem systematischen Mord an sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden.

Deshalb ist der 9. November nicht einfach nur ein Tag der Erinnerung. Er ist ein Tag, der uns verpflichtet.

Denn wir müssen uns fragen: Was haben wir eigentlich aus dieser Geschichte gelernt?

Antisemitismus ist auch heute kein Problem einer einzigen Partei, einer Religion oder einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe.

Antisemitismus ist ein strukturelles Problem unserer Gesellschaft.

Er begegnet uns in rechtsextremen Netzwerken, in Verschwörungserzählungen, in alltäglichen Vorurteilen und auch dort, wo Menschen sich selbst für frei davon halten.

Und deshalb wäre es falsch, Antisemitismus immer nur bei den anderen zu suchen.

Auch wir als Linke müssen bereit sein, die eigenen Positionen kritisch zu hinterfragen. Denn glaubwürdiger Antifaschismus bedeutet, Antisemitismus überall entgegenzutreten.

Gleichzeitig erleben wir, wie der Vorwurf des Antisemitismus auch in politischen Auseinandersetzungen eingesetzt wird.

Und hier müssen wir unterscheiden.

Kritik an der Politik einer israelischen Regierung ist nicht automatisch antisemitisch.

Wer Menschenrechtsverletzungen kritisiert, darf nicht allein deshalb unter Generalverdacht gestellt werden.

Aber genauso klar ist: Wer jüdische Menschen kollektiv verantwortlich macht, antisemitische Verschwörungserzählungen verbreitet oder jüdisches Leben bedroht, überschreitet eine Grenze.

Und diese Grenze gilt für alle. Ohne Ausnahme.

Gerade deshalb dürfen wir den Kampf gegen Antisemitismus nicht für parteipolitische Auseinandersetzungen instrumentalisieren. Aber wir dürfen auch berechtigte Vorwürfe nicht einfach als politische Angriffe abtun.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir stehen heute hier in Aschaffenburg. In einer Stadt, in der jüdisches Leben über Jahrhunderte zur Gesellschaft gehörte.

Jüdische Familien waren Teil dieser Stadt. Sie waren Nachbarinnen und Nachbarn, Geschäftsleute, Freundinnen und Freunde.

Und dann wurden sie ausgegrenzt, verfolgt, vertrieben und ermordet.

Das ist nicht nur deutsche Geschichte. Das ist unsere Stadtgeschichte.

Wenn wir heute hier an der Sandkirche stehen, erinnern wir deshalb nicht an irgendein fernes Ereignis. Wir erinnern an Menschen, die hier gelebt haben. Die durch dieselben Straßen gegangen sind, durch die wir heute gehen.

Und wir müssen uns fragen, was dieses Gedenken für unser heutiges Zusammenleben bedeutet.

Denn Gedenken bedeutet nicht, einmal im Jahr Blumen niederzulegen und anschließend zur Tagesordnung überzugehen.

Es bedeutet, jüdisches Leben zu schützen, antisemitischen Vorurteilen zu widersprechen und Verantwortung zu übernehmen.

Erinnerung allein verhindert keinen Antisemitismus.

Es braucht Menschen, die hinschauen. Die widersprechen. Und die auch dann Haltung zeigen, wenn es unbequem wird.

Nicht nur heute. Nicht nur am 9. November.

Sondern jeden Tag.

Denn „Nie wieder“ ist keine Floskel der Vergangenheit. Es ist unsere Verantwortung für die Gegenwart.